



Samstag, 31. August 2019, 15:59 Uhr
~30 Minuten Lesezeit

„Der Ossi war's!“

Eine Debatte, die ‚den Ossi‘ zur Ursache für das Wiedererstarken totalitärer Tendenzen verklärt, schützt die Hauptverantwortlichen und verschleiert die realen Verhältnisse im Land.

von Andreas Peglau
Foto: pixelklex/Shutterstock.com

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen ist im Rubikon eine Debatte über das Erstarken rechter Parteien entbrannt. Götz Eisenberg hatte die hohen Wahlergebnisse der AfD vor allem im Osten mit dem „autoritären Charakter“ und also einem Theoriegebäude der Frankfurter Schule zu erklären versucht (a). Rubikon-Herausgeber Jens Wernicke widersprach daraufhin dieser für ihn als „Ossi“ nicht zu ertragenden und aktuell weit verbreiteten „Elitensicht“ mit einem flammenden Appell gegen Pauschalisierungen und für vertiefende Analyse, da nur hierdurch das Wesen des Faschismus zu erkennen

und bekämpfen, vor allem aber die eigene Menschlichkeit zu bewahren sei (b). Den Kern seines Argumentes brachte wenige Tage später auch die Journalistin Elsa Koester in einem Artikel im Freitag (c) auf den Punkt: Die Osis „liegen seit Monaten auf dem Untersuchungstisch, öffentlich, ihre kollektive Psyche wird durchanalysiert, ihre Löhne ausgerechnet, ihr Abgehängten-Quotient geschätzt. Die Frage lautet nicht: ‚Wieso wählt ein Teil der deutschen Bevölkerung rechts?‘ Sie lautet: ‚Wieso wählen die rechts?‘ Die. Die anderen. ‚Othering‘ nennt man das in der Diskriminierungsforschung: eine Identität als anders herabsetzen und dabei vereinheitlichen.“ Koester zitiert auch aus einer im April veröffentlichten Studie, die die Diskriminierung von Migranten mit jener der Ostdeutschen vergleicht: „Beide Gruppen sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit bedroht, in Politik und Wirtschaft unterrepräsentiert. Und: Beide gelten als ‚anders‘.“ Den Klassenkrieg der Reichen gegen die Armen (d), der jederzeit diktatorische Formen annehmen kann (e), können wir nicht gewinnen, wenn wir den Fokus verlieren, uns spalten lassen, pauschalisieren, das Wesen des Faschismus verkennen oder uns von den Machteliten weismachen lassen, dessen tatsächliche Opfer, die Armen, seien die wahren Täter, war die Kernbotschaft von Wernickes Appell. Nun mischt sich auch Andreas Peglau, seines Zeichens Psychoanalytiker und Kenner der Faschismustheorie Wilhelm Reichs (f), in diese Debatte ein.

Vorbemerkung

Mir geht es nicht darum, mich mit Götz Eisenbergs Artikel (<https://www.rubikon.news/artikel/die-rache-des-verletzten-stolzes>) im Ganzen auseinanderzusetzen. Seine Sichtweise auf das Versagen der „Linken“ teile ich im Wesentlichen, die Verklärung der DDR-„Wende“ zur „Revolution“ lehne auch ich ab. Dass er thematisiert, welche psychosozialen Aspekte hinter politischen „Rechts“-Entwicklungen stecken, ist ohnehin verdienstvoll. Sein Anliegen, die nächste drohende „deutsche Diktatur“ abzuwenden, verbindet uns. Gerade dazu ist jedoch eine seriöse Ursachenanalyse vonnöten, die Eisenberg nur begrenzt gelingt.

Jens Wernickes emotionale **Replik** (<https://www.rubikon.news/artikel/die-ossi-verachtung>) kann ich zwar nachvollziehen – zumal ich selbst ein 1957 geborener ehemaliger DDR-Bürger bin. Was wir jedoch meines Erachtens für die konstruktive Fortsetzung dieser Diskussion – die ich sehr wünschenswert fände – brauchen, sind weitere sozialwissenschaftliche Fakten.

Eine ganze Reihe solcher Fakten habe ich 2017 in dem Buch **„Rechtsruck im 21. Jahrhundert** (<https://andreas-peglaue-psychoanalyse.de/rechtsruck-im-21-jahrhundert-buchdownload/>)“ zusammengetragen (1). Darauf werde ich im Folgenden zurückgreifen.

Was ist Faschismus?

Es gibt dafür keine Definition, auf die sich die damit befassten Wissenschaftler geeinigt hätten. Götz Eisenberg benennt in seinem Artikel nicht, welche Sicht er hierzu vertritt. Vermutlich dürfte Übereinstimmung zwischen ihm und mir bestehen, dass die (zu Unrecht) dem bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff

zugeschriebene Komintern-Definition von 1933 zu kurz greift:

„Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (2).

Der Psychoanalytiker Wilhelm Reich beschrieb den Faschismus 1933 als psychisches, soziales, ökonomisches sowie politisches Phänomen und ordnete ihn zugleich in umfassendere geschichtliche Zusammenhänge ein.

Ein dauerhafter Schutz vor „rechten“ Entgleisungen war für ihn daher ohne psychologisch-psychoanalytisches Verständnis gesellschaftlicher Prozesse, ohne gravierende Veränderungen in Erziehung, Bildung, Sexualität, ohne Überwindung patriarchaler Normen nicht denkbar.

Doch zugleich war sich Reich auch darüber im Klaren, dass Faschismus instrumentalisiert wird, dass er ein für die Herrschenden vielleicht nicht bevorzugtes, aber probates Mittel ist, ihre Macht zu sichern.

„Rechts“-Tendenzen sind also nichts, was von sich aus in einer Bevölkerung entsteht oder erhalten bleibt, sondern sie werden auch „gemacht“, gefördert, unterstützt.

„Jede Gesellschaftsordnung erzeugt in den Massen ihrer Mitglieder diejenigen Strukturen, die sie für ihre Hauptziele braucht“, schrieb

Reich

https://archive.org/details/Reich_1933_Massenpsychologie_k/page/n41).

Das erwähne ich zum einen, weil es mir in Eisenbergs Artikel zu kurz kommt. Zum anderen leitet es zu der Frage über, was unser

gegenwärtiges Gesellschaftssystem zum „Rechtsruck“ beiträgt.

Die notwendigen Antworten darauf sind vielfältig. Der von Eisenberg zitierte Max Horkheimer schrieb auch: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Und Jens Wernicke fragt in seiner Replik auf Eisenberg, „warum sind Ökonomen, die gezielt die Ideologie der Massenverarmung als Wissenschaft ausgeben, eigentlich keine ‚Rechten‘? Menschenfeinde sind sie allemal.“ Daran will ich zunächst anknüpfen.

„Rechter“ Neoliberalismus

Dem Neoliberalismus – oder genauer: Marktradikalismus – liegen bekanntermaßen keine bürgerlich-humanistischen Ideale zugrunde, sondern eine dem Sozialdarwinismus verwandte Verachtung aller, die weder reich noch mächtig sind. Das belegen Ansichten Friedrich von Hayeks, die „den maßgeblichen Referenzpunkt im Neoliberalismus“ darstellen (3).

Der Staat soll laut Hayek schwach sein gegenüber dem Kapital, aber stark in seiner Manipulations-, Gängelungs- und Unterdrückungsfunktion gegenüber dem Volk. Hayek ging zudem davon aus, dass sämtliche Individuen naturgemäß einen über den Markt vermittelten Kampf jeder gegen jeden um knappe „Güter“ aller Art zu führen hätten, bei dem Schwächere, weniger Leistungsfähige auf der Strecke bleiben sollten. Dieses Ausleseprinzip übertrug er auf ganze Völker, zum Beispiel, wenn er behauptete, gegen Überbevölkerung „gibt es nur die eine Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können“ (4). Diese Auffassungen weisen

markante Übereinstimmungen

<https://jensewernicke.wordpress.com/2013/06/08/demokratie->

als-standortnachteil/) auf mit „rechter“ Ideologie.

Als „kleinster gemeinsamer Nenner des Rechtsextremismus“ wird von vielen Forschern die „Ideologie der Ungleichheit“ und damit Ungleichwertigkeit der Menschen genannt. Hayek urteilte über Ungleichheit, sie sei „nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach notwendig“ und dürfe nicht durch „Umverteilung“ und „soziale Gerechtigkeit“ gefährdet werden (5).

Auch bezüglich der gegen Demokratie und – außerhalb der Eliten – gegen individuelle Freiheit gerichteten Zielsetzungen gibt es bemerkenswerte Parallelen zwischen rechtsextremer und neoliberaler Ideologie. Letztere behält sich ohnehin „eine autoritäre Option zur Durchsetzung marktwirtschaftlicher Freiheit vor, die für den ‚Notfall‘ auch eine Diktatur nicht ausschließt“ – was die führende neoliberale „Chicagoer Schule“ in den 1970er Jahren bewog, den faschistoiden Machthaber Chiles, Pinochet, offen zu unterstützen (6).

Das „ausgeprägte Freund/Feind-Denken“ – mit dem Hauptfeind Kommunismus – eint „rechte“ und neoliberale Denker ebenfalls. Zudem ist nicht nur dem Rechtsextremismus die Annahme „unverrückbare(r), absolute(r) Prinzipien“ (7) zu eigen: Der neoliberale Glaube an die Weisheit und Unfehlbarkeit des Marktes und den Kapitalismus als Höhe- und Endpunkt der Anthropogenese ist ähnlich dogmatisch – und ähnlich dümmlich.

Schon 1997 arbeiteten Herbert Schui und andere Sozialwissenschaftler in einem Buch mit dem treffenden Titel „Wollt ihr den totalen Markt?“ als wichtige Gemeinsamkeiten von Neoliberalismus und extremer „Rechter“ heraus:

„Die Legitimierung des Starken, Durchsetzungsfähigen und Erfolgreichen, die Auslese und der starke Staat sind geeignet, dieselben Gemüter zu begeistern, die sich aus ähnlichen Gründen zum

Faschismus hingezogen fühlen“ (8).

Es ist bei all dem nicht verwunderlich, dass bereits in den 1990er Jahren „rechte“ Parteien wie die FPÖ, in Deutschland NPD, DVU und Republikaner auf „die Effizienz eines entfesselten, wieder funktionsfähig gemachten“ – das heißt: über den Sozialstaat triumphierenden – „Kapitalismus“ setzten (9).

Der Neoliberalismus ist also hochgradig selbst „rechts“ und stützt „rechte“ Entwicklungen – Letzteres auch dadurch, dass seine Anwendung zu massenhafter Verelendung führt. So gesehen lässt sich fragen: Was befördert den „Rechtsruck“ mehr – eine PEGIDA-Demonstration oder eine Vorstandssitzung der Deutschen Bank?

Die neoliberale Ideologie bestimmt heute „die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Medienöffentlichkeit und das Alltagsbewusstsein hierzulande so stark wie kaum eine andere Weltanschauung“, wird beileibe nicht nur von Unternehmerverbänden, CDU-Wirtschaftsrat und Industrielobby vertreten, sondern ist selbst in „Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände“ eingesickert, hat daher „eine öffentliche Meinungsführerschaft errungen, die nur schwer zu durchbrechen ist“ (10).

Wir sollten uns also schon deshalb von dem Irrglauben befreien, die Förderung faschistoider gesellschaftlicher Entwicklungen wäre an bestimmte Parteien gebunden. Je neoliberaler sich Personen, Menschengruppen oder Institutionen positionieren – egal unter welchem Deckmäntelchen – desto mehr unterstützen sie damit auch „rechte“ Tendenzen.

Wenn sich zum Beispiel die FDP die bedingungslose Digitalisierung auf ihre Fahnen schreibt, ist das zugleich ein gewichtiger Baustein für den möglichen Ausbau eines autoritären Überwachungsstaates – von dem die auch von Eisenberg angeführte DDR-Staatssicherheit noch nicht einmal träumen konnte.

Oder nehmen wir die grassierende Fremdenfeindlichkeit. Nicht nur die AfD betreibt geistige Mobilmachung gegen „Fremde“. In der SPD assistiert ihr hierbei Thilo Sarrazin. Die CSU versucht diesbezüglich, wie ihr *Zeit Online* bescheinigte, „den Sound der AfD zu kopieren“ (11). Wer schon die CSU hat, braucht also möglicherweise gar keine AfD mehr, um seine Fremdenfeindlichkeit politisch zu kanalisieren.

Dass christliche Haltungen nicht etwa vor „rechtem“ Gedankengut schützen, belegten 2016 einmal mehr soziologische Untersuchungen: In Bezug auf rechtsextreme Einstellungen „erreichen die Konfessionslosen die niedrigsten und die Katholiken die höchsten Werte“, Mitglieder der evangelischen Kirche lagen dazwischen (12).

Ohnehin ist es in den neueren Bundesländern weitaus unwahrscheinlicher, dass christlich verbrämte politische Wege eingeschlagen werden: Das „Eurobarometer“ der Europäischen Kommission zeigte auch 2018 wieder, dass sich „im Osten Deutschlands nur eine Minderheit“ als christlich einordnet, „während sich im Westen eine deutliche Mehrheit zur christlichen Religion **bekannt**“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Religionen_in_Deutschland).

Übrigens fühlten sich bis 2014 „noch knapp 50 Prozent der rechtsextrem Eingestellten“ bei CDU/CSU und SPD zuhause, 2016 „waren es nur noch 26,4 Prozent. (...) Die rechtsextrem Eingestellten sind vor allem zur AfD abgewandert“ (12). Letzteres aber ganz sicher nicht, weil CDU/CSU und SPD inzwischen einen „Linksschwenk“ vorgenommen hätten.

Wie „rechts“ ist die BRD-Bevölkerung insgesamt?

Seit 2002 befasst sich eine Leipziger Forschergruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler mit rechtsextremen Einstellungen in der „Mitte“ der deutschen Bevölkerung. 2002 stellten sie fest, dass es im Osten 8,1 Prozent, im Westen deutlich mehr, nämlich 11,3 Prozent der Bevölkerung waren, die „ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ vertraten (13).

Zwischen 2002 und 2012 befürworteten dann durchschnittlich 4,2 Prozent der in den alten Bundesländern Lebenden und 6,8 Prozent der in den neuen Bundesländern inklusive Berlins Lebenden eine rechtsautoritäre Diktatur (14). Das waren im Westteil des Landes knapp 2,4 Millionen Menschen und im Ostteil mehr als 950.000. 2016 hatten sich die prozentualen Anteile rechtsextrem Eingestellter in Ost und West vorübergehend angeglichen.

2018 mussten die Leipziger Forscher wieder konstatieren, dass die „Zustimmung zu den vorgelegten rechtsextremen Aussagen“ im Osten „fast durchgehend“ stärker ausfiel (15).

Sämtliche „Mitte“-Studien weisen allerdings „rechtes“ Gedankengut bei Anhängern des gesamten Parteienspektrums nach. 2016 sah die Aufteilung so aus:

Mehr als 6,5 Prozent der CDU/CSU-Wähler und 6,9 Prozent der SPD-Wähler hatten ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen. Aber dasselbe traf auch für 3,7 Prozent der Grünen- und 4,2 Prozent der „Links“-Wähler zu. Bei der AfD konzentrierte sich nun der bei Weitem größte Anteil dieses Potentials: Ein Viertel ihrer Wähler war als rechtsextrem einzuordnen – ein alarmierender Befund (16).

Zugleich heißt das jedoch, dass 75 Prozent von ihnen hier eben nicht einzuordnen waren. Drei Viertel der AfD-Wähler wurden also zu diesem Zeitpunkt durch andere als rechtsextreme Einstellungen

dazu gebracht, diese Partei zu wählen.

2016 waren unter den AfD-Wählern mehr als 89 Prozent, die die Idee der Demokratie befürworteten, unter denjenigen, die mit den Zielen von PEGIDA „vollkommen übereinstimmen“, rund 68 Prozent (17).

2016 bekannten sich zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild 5,4 Prozent der Befragten (18). Diese 5,4 Prozent repräsentieren mindestens 3,84 Millionen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hinzu kamen weitaus mehr Menschen, die die entsprechenden Aussagen als „teils/teils“ richtig beurteilen. 2014 waren das, je nach Aussage, 12 bis 31 Prozent der Befragten – wobei letzterer Wert für mehr als 22 Millionen Deutsche steht.

Eine noch weit höhere Zahl vertrat 2016 weitere fremdenfeindliche Positionen. 50 Prozent pflichteten islamfeindlichen Aussagen bei, fast 58 Prozent diffamierten Sinti und Roma. 60 Prozent widersprachen der Aussage, die Asylsuchenden hätten „wirkliche Verfolgung erlitten“ oder seien „von ihr bedroht“. Mehr als 80 Prozent (!) lehnten die Forderung ab, „der Staat solle großzügig bei der Prüfung von Asylanträgen vorgehen“ (19).

Einer der reichsten Staaten der Erde, der sich leisten kann, den „oberen Zehntausend“ permanent Millionengeschenke zu machen, soll also im Umgang mit dieser Menschengruppe auf „Großzügigkeit“ verzichten, damit auf eine zutiefst wünschenswerte Haltung, die ja nichts zu tun hat mit Verschwendung.

Mehr als 80 Prozent der Deutschen haben also zumindest einzelne fremdenfeindliche Einstellungen.

Massenhaft autoritäre Charaktere links und rechts der Elbe

„Autoritäre Aggression“, das Nach-unten-treten-Wollen des autoritären Charakters, auf den auch Götz Eisenberg zu sprechen kommt, identifizierten Decker und andere 2016 bei 67,5 Prozent der deutschen Bevölkerung (20) – mehr als 48 Millionen Bürgerinnen und Bürgern also.

Die „autoritäre Unterwürfigkeit“, das Nach-oben-Buckeln, das diesen Typus komplettiert, kennzeichnete 2016 23,1 Prozent: mehr als 16,4 Millionen Deutsche.

Auch diese Einstellungen ziehen sich, in unterschiedlicher Stärke, durch die Wählergruppen *aller* Parteien in Ost und West.

Doch auch wer, egal welche Partei er wählt, seine Kinder unterdrückt oder schlägt – beides keine Seltenheit – lässt die „autoritäre Aggression“ nur an anderen sozial Schwächeren aus als an Asylbewerbern. Die von der knappen Hälfte aller Deutschen praktizierte Abwertung von Arbeitslosen dürfte den gleichen psychischen Hintergrund haben.

Wer eine „Willkommenskultur“ für Flüchtlinge pflegt, aber zu den 40 Prozent der Bevölkerung gehört, die es „ekelhaft“ finden, „wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen“ oder zu den 36 Prozent, die gleichgeschlechtliche Ehen weiterhin verboten sehen möchten (21), hat sich für seine Wut womöglich nur andere „fremd“ erscheinende Menschen als Zielscheibe auserkoren.

Wobei die Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen – nahezu eine „rechte“ Tradition – erneut nicht an einzelne Parteien gebunden ist. Die Ablehnung der homosexuellen Ehe war 2016 unter CDU/CSU-Wählern mit 43,5 Prozent sogar noch etwas höher als in

der AfD; sie kennzeichnete bei der SPD knapp 38 Prozent, bei der Linkspartei fast 27 Prozent der Anhänger, bei der FDP 25 Prozent und bei den „Grünen“ fast 20 Prozent (22).

Die AfD abzulehnen ist also keinesfalls identisch damit, kein seelisches Potential in sich zu tragen, auf das „rechte“ Bewegungen zurückgreifen können.

Wie flächendeckend dieses Potential hierzulande verteilt ist, belegt auch der Zuspruch für die PEGIDA-Demonstranten. Entgegen anders lautender Parolen muss gesagt werden: „Deutschland ist auch PEGIDA“ – und dies in erheblichem Maße. In Dresden und anderswo geht seit 2014 nur auf die Straße, was seit langem im ganzen deutschen Volk in unterschiedlicher Intensität an Einstellungen existiert, in Ost wie West. Auch das bekräftigen Befragungen:

„Nach einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von Zeit online äußerten Mitte Dezember 2014 rund die Hälfte der Deutschen Verständnis für Demonstrationen gegen eine drohende ‚Islamisierung des Abendlandes‘. Insgesamt räumten sogar drei Viertel aller Befragten eine positive bis aufgeschlossene Haltung für PEGIDA ein. Eine wenig später durchgeführte repräsentative Umfrage ergab darüber hinaus, dass auch in den alten Bundesländern die Sympathiewerte für PEGIDA ähnlich hoch waren wie im Osten“ (23).

Es geht um eine gesamtgesellschaftliche Störung – die nicht an Bundesländergrenzen endet.

Nun zu weiteren Behauptungen Götz Eisenbergs über die DDR.
Zitat:

„Dass fremdenfeindliche Einstellungen und daraus hervorwachsende rassistische Pogrome in den neuen Bundesländern verbreiteter sind als im Westen Deutschlands, scheint mir unter anderem darin

begründet, dass in der ehemaligen DDR jene kollektive Paranoia, die man in Deutschland Erziehung nannte, ungemindert und durch keinen Liberalisierungsschub gebrochen fortbestand, wie er im Westen durch die 68er Bewegung ausgelöst wurde. Der zukünftige Kommunist sollte sich mit Kernseife waschen, kalt duschen, die Zähne zusammenbeißen und hart sein. Schläge und Strafen galten nach wie vor als die guten Köche in der Erziehung.“

Bezüglich des vorletzten Satzes über „den zukünftigen Kommunisten“ kann ich nur hoffen, dass er irgendwie ironisch-witzig gemeint sein soll. Allen, die ernsthaft derartig beschränkte DDR-Bilder mit sich herumschleppen, kann ich als Gegengift das 2010 erschienene Buch von Daniela Dahn „Wehe dem Sieger. Ohne Osten kein Westen“ **empfehlen** (<https://www.rowohlt.de/taschenbuch/daniela-dahn-wehe-dem-sieger.html>).

Die BRD hätte 1990 viel von den positiven Seiten der DDR lernen können, die Daniela Dahn hier detailliert zusammenträgt. Wäre das geschehen, wären die zukunftsweisenden Anteile beider Systeme verschmolzen worden – statt das östliche platt zu machen –, wäre uns vermutlich auch der aktuelle, erneute „Rechtsruck“ erspart geblieben.

Gewalt in der Familie in DDR, BRD und Gesamtdeutschland

Zweifellos brachte die 1968er-Bewegung frischen Wind in westdeutsche Familienverhältnisse, und nichtautoritäre Erziehungsstile wurden dort sicher populärer als im Osten.

Aber so einseitig war das Gefälle auch diesbezüglich nicht. Die DDR verbot immerhin bereits 1949 körperliche Bestrafungen an Schulen

und übernahm – im Gegensatz zur BRD – gar nicht erst das im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte „Züchtigungsrecht“ des Vaters, sprach allerdings auch kein offizielles Züchtigungsverbot aus.

In der BRD wurde das Recht, Kinder zu züchtigen, 1958 – als Akt der Gleichberechtigung! – de facto auch den Müttern zugesprochen, an den Schulen galt es hier bis 1973 (24). Die elterliche Misshandlungserlaubnis wurde in der BRD erst 1998 eindeutig eingeschränkt. Im Jahr 2000 nahm dann der Bundestag endlich den Passus ins Bürgerliche Gesetzbuch auf:

„Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig“ (25).

Dass Kinder in der DDR in einem noch höheren Maße geschädigt wurden, als es heute hierzulande wieder der Fall ist, halte ich zudem für unwahrscheinlich. Laut Kinderschutzbund Deutschland sterben jede Woche in der Bundesrepublik bis zu drei Kinder durch Misshandlung oder Vernachlässigung (26). Schwere Vernachlässigung durchleben 10 Prozent der Kinder, leichtere Formen von Vernachlässigung 50 Prozent. Emotional misshandelt werden 17 Prozent, körperlich 15 Prozent – ebenso viele erleiden sexuellen Missbrauch, 2 Prozent von ihnen in schwerer Form.

Die diesbezüglichen Dunkelziffern dürften hoch sein (27). In aktuellen Befragungen gaben 40 Prozent der Eltern an, ihre Kinder zu schlagen (28). Entfremdende „Sekundärtugenden“, wie sie schon im wilhelminischen Deutschland angestrebt wurden, möchten die meisten weiterhin erzeugen:

88 Prozent der Eltern wollen ihren Kindern vor allem „Höflichkeit und gutes Benehmen“ beibringen (29), 70 Prozent „Disziplin“ (30).

Flankiert werden sie dabei von Erziehungsratgebern, die neurotisierte Kinder als „Tyranen“ verunglimpfen, von widerwärtigen Filmen wie der „**Elternschule** (<https://www.kinder-verstehen.de/aktuelles/elternschule-so-geht-erziehung/>)“ und von Pharmakonzernen, die anbieten, mittels Ritalin und anderer Psychopharmaka zu vertuschen, dass Kinder durch Verhaltensauffälligkeiten zeigen, wie mies es ihnen geht. Der von Eisenberg beschriebene „Liberalisierungsschub“ ist offenkundig längst ausgebremst.

Selbstverständlich schafft all das auch einen hervorragenden Nährboden für spätere destruktive, zum Beispiel rechtsradikale Haltungen. Was es in jedem Fall ist: die massenhafte Produktion braver BRD-Staatswichtel, autoritär dressierter und „zur Sau gemachter“ Menschen – um Götz Eisenbergs Formulierungen zu übernehmen.

Die bequeme Legende von den schon immer „rechteren“ Osis

Der Politikwissenschaftler Richard Stöss hat sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu „rechten Einstellungen“ im vereinigten Deutschland zusammengestellt. Die erste von ihm referierte Befragung kam 1992 zu folgendem Ergebnis:

Der „Anteil der Ostdeutschen, der sich antisemitisch, rechtsradikal oder ausländerfeindlich äußert“, war „geringer als der entsprechende Anteil der Westdeutschen. Die Bundesbürger/innen im Osten nehmen die Konsequenzen aus der NS-Vergangenheit für die Gegenwart ernster.“

Antisemitisch Eingestellte machten in Deutschland zu diesem Zeitpunkt insgesamt 13 Prozent aus. Unter den etwa 64 Millionen

Westdeutschen erwiesen sich 16 Prozent als Antisemiten, unter den etwa 16 Millionen Ostdeutschen nur 4 Prozent.

Das Magazin *Spiegel* kommentierte, „die meisten früheren DDR-Bürger (haben sich) eine Aversion gegen das NS-Regime bewahrt“. Werner Bergman und Rainer Erb vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung ergänzten:

„Auch der Antifaschismus war in der DDR verordnet, aber er entsprach bei vielen der eigenen Überzeugung“ (31).

Wird etwas zur eigenen Überzeugung, ist es allerdings nicht mehr nur „verordnet“. Daher kann es weiterexistieren, wenn das verordnende System verschwunden ist.

Dass dem auch in Bezug auf die antifaschistischen Einstellungen der DDR-Bürgerinnen- und Bürger so war, unterstrich 1994 eine forsa-Umfrage:

„Mit einem verbreiteten Klischee räumt diese Untersuchung auf: dass nämlich der verordnete Antifaschismus der DDR ins Gegenteil umgeschlagen sei, nachdem die Ostdeutschen auf die Wildbahn der freien Meinung entlassen wurden. Die Befragten aus den neuen Bundesländern zeigen durchgehend eine klarere, kundigere und ablehnendere Haltung zum Nationalsozialismus“ (32).

Etwa zeitgleich kam der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter zum Ergebnis, „das rechtsextremistische Einstellungspotenzial im Frühjahr 1994 im Westen“ sei „mehr als doppelt so groß wie im Osten“.

Das, so Richard Stöss, „dürfte generell für die erste Hälfte der neunziger Jahre gegolten haben“ (33). Erst 1998 stellte eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung fest, „dass

rechtsextremistische Einstellungen im Osten häufiger anzutreffen waren als im Westen: Für die Bundesrepublik insgesamt wurde ein Potenzial von 13 Prozent gemessen, für Westdeutschland 12 Prozent und für Ostdeutschland 17 Prozent“ (34).

Zu ergänzen ist hier etwas, was hinter den Prozentzahlen verloren zu gehen droht. Da in den alten Bundesländern circa viermal so viel Menschen leben wie in den neuen – wobei Letzteren meist auch noch die Berliner Bevölkerung in Gänze zugeschlagen wird – standen also 1998 knapp 7,7 Millionen Rechtsextreme im westlichen Landesteil etwa 2,7 Millionen im Ostteil gegenüber.

Daran, dass im Westen weitaus mehr „Rechte“ leben als im Osten, dass von der ehemaligen BRD-Bevölkerung und ihren Nachfahren ein weitaus größeres rechtsextremes Bedrohungspotential ausgeht als von der ehemaligen DDR-Bevölkerung und deren Nachkömmlingen, hat sich zu keinem Zeitpunkt etwas geändert.

Wie lässt sich der Umschwung in den Einstellungen der Neubundesbürgerinnen- und -bürger in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erklären? Richard Stöss verweist auf die veränderten „gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen“:

„Die Ostdeutschen hatten den Prozess der inneren Einheit zunächst wesentlich optimistischer betrachtet als die Westdeutschen. Noch 1994 glaubte knapp die Hälfte der neuen Bundesbürger, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verbessern würden, in Westdeutschland vertraten nur 33 Prozent diese Auffassung. Drei Jahre später, 1997, war der Anteil an Optimisten im Osten auf 14 Prozent abgeschmolzen und hatte damit West-Niveau (13 Prozent) erreicht. (...) Der OstWestUnterschied bestand mithin darin, dass die Ernüchterung hinsichtlich der Einigungsfolgen in den neuen Bundesländern wesentlich dramatischer ausgefallen war als in den

alten“ (35).

Hier gibt es wichtige Übereinstimmungen mit einigen Thesen Götz Eisenbergs über den „Wiedervereinigungsfrust“ als Ursache des – aber eben erst nach 1995 anwachsenden – „rechten“ Potentials im Osten.

Die Desillusionierung beim „Ankommen“ in der immer unsozialer werdenden Marktwirtschaft hat also nach 1995 freigelegt, was zuvor durch den „verordneten“ und verinnerlichten Antifaschismus niedergehalten wurde – der das Gewaltpotential nicht hatte ausheilen können.

Der Anspruch der DDR-Führung, faschistisches Gedankengut komplett eliminiert zu haben, entsprach zu keinem Zeitpunkt der Realität. Doch erst als – eine beachtenswerte Parallele zu unserer gegenwärtigen Situation! – in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Unzufriedenheit mit dem DDR-System wuchs, schwollen auch die „rechten“ Aktivitäten an, ohne freilich je eine Intensität anzunehmen, wie sie heute zu unserem Alltag gehört.

Der vormalige Leiter des DDR-Jugendforschungsinstitutes, Walter Friedrich, wertete 2002 für die Bundeszentrale für politische Bildung eine Reihe von Studien aus. Bezüglich der Fragestellung „Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR?“ kam er zu folgendem Resultat: Die Hypothese „einer stark ausgeprägten und verbreiteten Ausländerfeindlichkeit zu DDR-Zeiten als Folge der Sozialisation in einem autoritären System“ könne „nicht gestützt werden.“

Nicht während der „relativen Stabilität der DDR, sondern gerade umgekehrt, in der Zeit ihrer zunehmenden Labilisierung, der durch wachsenden Vertrauensverlust, Kritik- und Protesthaltung der jüngeren und älteren Bürger, durch steigenden Einfluss der Westmedien und der Attraktivität des Westens gekennzeichneten

Endphase der DDR, ist es zu einem markanten Anstieg der Ausländeraversion, der Gewaltbereitschaft und rechtsextremistischer Orientierungen gekommen. Diese in den Jahren nach der Vereinigung anhaltenden, sich teilweise noch verstärkenden Erscheinungen können demnach nur als Folgen der durch die neuen gesellschaftlichen Existenzbedingungen erlebten sozialen Desintegration, Unsicherheit und psychischen Labilisierung, nicht aber als ein Resultat einer Revitalisierung der vor vielen Jahren erlebten autoritären DDR-Sozialisation gedeutet werden.“

Bezüglich „rechter“ Einstellungen musste das Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung 1988 zugestehen:

„Die Aussage, ‚Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten‘, wurde von jedem achten 14- bis 18-jährigen DDR-Jugendlichen zustimmend **beantwortet** (<http://www.bpb.de/apuz/25910/ist-der-rechtsextremismus-im-osten-ein-produkt-der-autoritaeren-ddr?p=all#footnodeid15-15>).“

Diese Analyse wurde ebenso geheim gehalten wie die Erkenntnis der Staatsicherheit, dass das „rechte“ Milieu zu dieser Zeit mehr als 15.000, oftmals gewalttätige Personen umfasste – also etwa 0,09 Prozent der **DDR-Bevölkerung** (<http://www.zeit.de/2012/08/DDR-Nazis/>).

Besser ein „verordneter“ Antifaschismus als gar keiner

Halten wir fest: Selbst ein „verordneter Antifaschismus“ war offensichtlich ein wirksameres Mittel gegen Rechtsextremismus als das für die Nachkriegs-BRD typische klammheimliche bis halboffizielle Anknüpfen an NS-Traditionen (36).

Der DDR war es, 1949 mit derselben geschichtlichen Altlast startend wie die BRD, möglich, rechtsextreme Einstellungen im Vergleich zu Letzterer deutlich zu lindern. Und dies, obwohl die DDR politisch autoritärer strukturiert war als die BRD im selben Zeitraum.

Andere Faktoren scheinen das kompensiert zu haben. Welche das waren, lässt sich zumindest erahnen. (Seriöse, umfassende Forschungen dazu wären dringend nötig, sind mir aber nicht bekannt, dürften auch bis auf weiteres durch das übliche DDR-Bashing für obsolet gelten.)

Zum einen wurde – während die Verbrechen des Stalinismus bis zum Ende der DDR tabuisiert blieben – der staatlich verankerte Antifaschismus durch offensive Geschichtsvermittlung gestützt. NS-Verbrechen, bei denen freilich die Opfer unter den Kommunisten überproportional hervorgehoben wurden, waren präsent in Belletristik, Theater, Kino, Fernsehen, Radio und Druckmedien, im Schulunterricht sowieso. Auch Besuche ehemaliger Konzentrationslager gehörten hier zum Pflichtprogramm.

Die gegenüber kapitalistischen Gesellschaften weitaus stärkere materielle Grundsicherung in der DDR, die Möglichkeit umfassender kultureller Teilhabe für sämtliche Bevölkerungsschichten, auch die – allerdings oftmals aufgezwungene – soziale Eingebundenheit dürften „rechten“ Einstellungen ebenfalls entgegengewirkt haben.

Hinzu kam das im Vergleich zum heutigen Deutschland nahezu verschwindend geringe Einkommensgefälle, der größere Emanzipationsgrad der Frauen, sicherlich auch das Ausmaß an staatlicher Kontrolle sowie an Ächtung und Bestrafung, die bei „rechten“ Aktionen drohten.

Bereits 1964 war in der DDR zudem die Verjährung von NS- und Kriegsverbrechen grundsätzlich aufgehoben worden (37). In der BRD wurde erst 1979 beschlossen, dass Mord nicht mehr verjährt –

womit zugleich NS-Morde weiterhin verfolgt werden konnten (38).
Letzteres geschah hier jedoch vor wie nach 1979 nur spärlich (39).

Fazit

Es steht außer Zweifel, dass die Hintergründe der politischen „Rechts“-Entwicklung dringend diskutiert und erforscht werden müssen, auch deren spezifische Ursachen im Osten Deutschlands. Es ist jedoch aus mehreren Gründen falsch, die einfache Rechnung aufzumachen: AfD-Wähler = (Neo)faschisten, Nicht-AfD-Wähler = Demokraten. Ebenso falsch ist die Ableitung: „rechter“, autoritärer Osten / demokratisch geläuterter Westen mit „braunen“ Farbtupfern.

Unzutreffend ist zudem die Vorstellung, die DDR förderte das Zustandekommen „rechter“ Einstellungen stärker als die BRD. Das Gegenteil trifft zu – und wäre gründlicher sozialwissenschaftlicher Aufarbeitung wert.

Götz Eisenberg schreibt:

„Unter einem dünnen Firnis angepassten Verhaltens existiert ein bedrohliches faschistoides, antidemokratisches Potenzial, das den Wandel der politischen Systeme überdauert hat.“

Das trifft zu: in den neueren ebenso wie in den alten Bundesländern.

Es wird daher nur gelingen, den aktuellen „Rechtsruck“ zu verstehen und einzudämmen, wenn auf unhinterfragte Klischees, tradierte Vorurteile und Projektionen eigener Schuldanteile auf andere verzichtet wird.

RUBIKON



“

Ich bin sicher, dass ich, wenn ich Italiener wäre, von Anfang bis Ende gänzlich an Ihrer Seite gestanden hätte in Ihrem siegreichen Kampf gegen die bestialischen Begierden und Leidenschaften des Leninismus. Die faschistische Bewegung hat der ganzen Welt einen Dienst erwiesen. Italien hat gezeigt, dass es einen Weg gibt, die subversiven Kräfte zu bekämpfen.

”

Winston Churchill

Auf einer Pressekonferenz 1927 in Rom an Mussolini gewandt

Bildquelle: Pixabay



“

Ich habe immer gesagt, dass ich, wäre Großbritannien im Krieg geschlagen worden, gehofft hätte, einen Hitler zu finden, um uns zurück zu unserer rechtmäßigen Stellung unter den Völkern zu führen.

”

Winston Churchill

Aussage aus dem Jahr 1938

Bildquelle: Pixabay



“

Grüne und SPD (...) haben vor allem dazu beigetragen, den Antifaschismus von seiner Bindung an den Antiimperialismus (...) zu lösen. Es ist ihnen gelungen - und es konnte eben nur einer Linksregierung gelingen -, den Antifaschismus umzudeuten. Die Begründung, gegen Faschismus zu sein, wurde fortan dafür verwendet, sich für Interessen einzusetzen, die man früher als klassisch imperialistische bezeichnet hätte - Regimewechsel (...), erzwungene Marktöffnung, Lohndumping, Verkauf von Rohstoffen an internationale Konzerne zu Niedrigstpreisen etc.

”

Kurt Gritsch

Historiker und Konfliktforscher

Auszug aus einem älteren Artikel

(<https://jensewernicke.wordpress.com/2013/06/08/demokratie-als-standortnachteil/>) von Jens Wernicke:

Für jene unter uns, die die aktuellen Debatten und Geschehnisse zu ängstigen vermögen, noch ein Wort von Walter Benjamin mit auf den Weg:

„Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ‚Ausnahmezustand‘, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des wirklichen Ausnahmezustands vor Augen stehen; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, daß die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen. – Das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ‚noch‘ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, daß die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.“ – Walter Benjamin, *Geschichtsphilosophische Thesen*

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, hat Max Horkheimer diesen Gedanken einmal auf den Punkt gebracht und damit einen Grundkonsens der so genannten Frankfurter Schule formuliert, der von Herbert Marcuse 1967 in den ‚Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus‘ schließlich wie folgt herausgearbeitet wurde:

„Die liberalistische Rationalisierung der Wirtschaftsführung (wie überhaupt der gesellschaftlichen Ordnung) ist wesentlich eine private: sie ist gebunden an die rationale Praxis des einzelnen Wirtschaftssubjekts bzw. einer Vielheit einzelner Wirtschaftssubjekte. Zwar soll sich am Ende die Rationalität der liberalistischen Praxis im Ganzen und am Ganzen erweisen, aber dieses Ganze selbst bleibt der Rationalisierung entzogen. Der Einklang von Allgemein- und Privatinteresse soll sich im ungestörten Ablauf der privaten Praxis von selbst ergeben; er wird prinzipiell nicht in die Kritik genommen,

er gehört prinzipiell nicht mehr zum rationalen Entwurf der Praxis.

Durch diese Privatisierung der Ratio wird der vernunftgemäße Aufbau der Gesellschaft um sein zielgebendes Ende gebracht (wie beim Irrationalismus durch die Funktionalisierung der Ratio um seinen richtunggebenden Anfang). Gerade die rationale Bestimmung und Bedingung jener ‚Allgemeinheit‘, bei der schließlich das ‚Glück‘ des Einzelnen aufgehoben sein soll, fehlt. Insofern (und nur insofern) wirft man dem Liberalismus mit Recht vor, daß seine Rede von der Allgemeinheit, der Menschheit usw. in puren Abstraktionen stecken bleibt. Struktur und Ordnung des Ganzen bleiben letztlich irrationalen Kräften überlassen: einer zufälligen ‚Harmonie‘, einem ‚natürlichen Gleichgewicht‘. Die Tragfähigkeit des liberalistischen Rationalismus hört daher sofort auf, wenn mit der Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze und der ökonomischen Krisen die allgemeine ‚Harmonie‘ immer unwahrscheinlicher wird; an diesem Punkt muß auch die liberalistische Tradition zu irrationalen Rechtfertigungen greifen. Die rationale Kritik gibt sich selbst auf; sie ist allzu leicht bereit, ‚natürliche‘ Vorrechte und Begnadungen anzuerkennen. Der charismatisch-autoritäre Führergedanke ist schon präformiert in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des ‚geborenen‘ Chefs. [...]

Die rohe Skizze der liberalistischen Gesellschaftstheorie hat gezeigt, wie viele Elemente der totalitären Staatsauffassung in ihr schon angelegt sind. Von der ökonomischen Struktur aus enthüllt sich eine fast lückenlose Kontinuität in der Entwicklung der theoretischen Interpretation der Gesellschaft. Die ökonomischen Grundlagen dieser Entwicklung von der liberalistischen zur totalitären Theorie müssen hier vorausgesetzt werden: sie liegen im wesentlichen alle auf der Linie der Wandlung der kapitalistischen Gesellschaft von dem auf der freien Konkurrenz der selbständigen Einzelunternehmer aufgebauten Handels- und Industriekapitalismus zum modernen Monopolkapitalismus, in dem die veränderten Produktionsverhältnisse (und besonders die großen ‚Einheiten‘ der

Kartelle, Trusts etc.) eine alle Machtmittel mobilisierende Staatsgewalt fordern. [...]

Die Wendung vom liberalistischen zum total-autoritären Staate vollzieht sich auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung. Im Hinblick auf diese Einheit der ökonomischen Basis läßt sich sagen: es ist der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich ‚erzeugt‘: als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der total-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft.‘ – Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, S. 52 ff.

Quellen und Anmerkungen:

(a) <https://www.rubikon.news/artikel/die-rache-des-verletzten-stolzes> (<https://www.rubikon.news/artikel/die-rache-des-verletzten-stolzes>)

(b) <https://www.rubikon.news/artikel/die-ossi-verachtung> (<https://www.rubikon.news/artikel/die-ossi-verachtung>)

(c) <https://www.freitag.de/autoren/elsa-koester/ignoranz-ist-heilbar> (<https://www.freitag.de/autoren/elsa-koester/ignoranz-ist-heilbar>)

(d) <https://www.nachdenkseiten.de/?p=23757> (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=23757>)

(e) Fabian Scheidler hat es in seinem großartigen Buch „[Das Ende der Mega-Maschine](https://mediashop.at/buecher/das-ende-der-megamaschine/)“ exemplarisch zusammengefasst: „Die Geburt des Faschismus war eine Antwort auf die massiven antisystemischen Bewegungen, die besonders in Deutschland und Italien am Ende des Ersten Weltkriegs entstanden und mit den Mitteln einer ‚gelenkten

Demokratie‘ nicht mehr kontrollierbar waren. In Deutschland begann es damit, dass sich Marinesoldaten in Kiel, ausgezehrt und desillusioniert von einem vierjährigen Vernichtungskrieg, im Oktober 1918 weigerten, noch einmal in eine sinnlose Schlacht auszuziehen. Die Kriegsverweigerer gründeten Räte, und von Kiel aus verbreitete sich die Revolution innerhalb von fünf Tagen über das Land, von Hamburg bis München, von Breslau bis Köln – und das ohne zentrale Organisation. Betriebe und ganze Stadtverwaltungen wurden von Räten übernommen. Einfachen Arbeitern und Soldaten gelang es, in kürzester Zeit eine wirkungsvolle Selbstorganisation aufzubauen. Das paralyisierte Kaiserreich musste hilflos zusehen, weil sich beim besten Willen keine Soldaten mehr aufreiben ließen, die bereit waren, auf ihre Kameraden zu schießen. Diese Revolution war nicht, wie die russische Oktoberrevolution, von einer bolschewistischen Elite angeführt, sondern von einer überwiegend sozialdemokratisch geprägten Arbeiterschaft. Sie strebte keine »Diktatur des Proletariats« an, sondern die Abschaffung von Militarismus und privatem Kapital durch die Selbstverwaltung von Arbeitern. Die Aufständischen glaubten, dass die Führer der sozialdemokratischen Partei ihre Ziele im Prinzip teilten und konnten sich daher unmöglich vorstellen, was einige Monate nach Beginn der Revolution geschah: Dass Friedrich Ebert, der erste sozialdemokratische Reichspräsident, protofaschistische Freikorps einsetzte, um die sozialdemokratischen Revolutionäre zusammenschießen zu lassen. Da die Mehrheit der Soldaten, die im Krieg gedient hatten, auch noch Anfang 1919 nicht bereit waren, auf ihre Landsleute zu schießen, konnte Ebert nur auf rechtsradikale Kräfte zurückgreifen, die sein Wehrminister Gustav Noske (ebenfalls SPD) in großer Eile zusammentrommelte. Im Januar 1919 marschierten die Freikorps in Berlin ein, im März drangen sie in die dortigen Arbeiterviertel vor, im April vernichteten sie in München die dort ausgerufene Räterepublik. Tausende von Menschen wurden erschossen, die meisten unbewaffnet, unzählige gefoltert. Viele der Freikorps-Soldaten trugen bereits das Hakenkreuz am Arm: Die Keimzelle der faschistischen Bewegung war geschaffen. (...) Mit der Machtergreifung Mussolinis (in Italien) stand eine neue Option im

Raum: der Faschismus als Steuerungsmodus für die Große Maschine. Diese Option erschien zwar für einen Teil der liberal eingestellten Eliten zunächst abstoßend, als Rückschritt in Zeiten, die man überwunden zu haben glaubte. Doch überall dort, wo die Filter der gelenkten Demokratie nicht mehr funktionierten, wo große Teile der Öffentlichkeit sich nicht davon abbringen ließen, einen revolutionären Umsturz zu befürworten, rückte dieses äußerste Mittel Schritt für Schritt auch für sie in den Bereich der realpolitischen Optionen. Und das durchaus nicht nur in Deutschland und Italien. Winston Churchill sagte auf einer Pressekonferenz 1927 in Rom, an Mussolini gewandt: ‚Ich bin sicher, dass ich, wenn ich Italiener wäre, von Anfang bis Ende gänzlich an Ihrer Seite gestanden hätte in Ihrem siegreichen Kampf gegen die bestialischen Begierden und Leidenschaften des Leninismus. Die faschistische Bewegung hat der ganzen Welt einen Dienst erwiesen. Italien hat gezeigt, dass es einen Weg gibt, die subversiven Kräfte zu bekämpfen.‘ Noch in den späten 1930er-Jahren verkündete er: ‚Ich habe immer gesagt, dass ich, wäre Großbritannien im Krieg geschlagen worden, gehofft hätte, einen Hitler zu finden, um uns zurück zu unserer rechtmäßigen Stellung unter den Völkern zu führen‘. (...) In Deutschland schlug sich Schritt für Schritt fast die gesamte Großindustrie und Hochfinanz auf die Seite der Nazis. Dabei war der Nationalsozialismus bei weitem nicht für alle von ihnen die Wunschlösung. Zwar verabscheuten die ökonomischen Eliten in Deutschland zu großen Teilen die parlamentarische Demokratie; doch der radikale Antisemitismus und die teilweise antikapitalistische Rhetorik der NSDAP schreckten viele zunächst ab. In seiner Rede vor dem Düsseldorfer Industrie-Club am 26. Januar 1932 – der aufgrund des enormen Andrangs aus allen Nähten platzte – versuchte Hitler jedoch, diese Bedenken zu zerstreuen und versprach, dass das Privateigentum von einer Regierung unter seiner Führung nicht angetastet würde. Im November desselben Jahres verfassten etwa zwanzig Industrielle einen Brief an Reichspräsident Hindenburg, in dem sie die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler forderten. Am 20. Februar 1933 baten Hitler und Göring in einem Geheimgespräch mit führenden Wirtschaftsvertretern

erfolgreich um Unterstützung für den bevorstehenden Wahlkampf, der aufgrund dieser Hilfe zum letzten für die nächsten 15 Jahre werden sollte. AEG, Telefunken, Thyssen, Krupp, RWE, Daimler-Benz, Porsche, BMW, AFA (heute Varta), Siemens, Borsig, Osram, Dr. Oetker, Wintershall, Unilever, Bertelsmann, Allianz, Merck, die IG Farben (Agfa, BASF, Bayer und Hoechst), Flick (Mitteldeutsche Stahlwerke) und leitende Bankiers der Commerzbank, der Dresdner Bank und der Deutschen Bank unterstützten die Nazis auf unterschiedliche Weise und profitierten davon in doppelter Hinsicht: Zum einen erstickte der SS-Staat Gewerkschaften und linke Bewegungen so effektiv wie keine parlamentarische Regierung es gekonnt hätte; zum anderen verschaffte er den Unternehmen später durch Zuteilung von Millionen von Zwangsarbeitern extrem billige und rechtelose Arbeitskräfte. (...) Trotz dieser massiven Unterstützung durch ökonomische Eliten wäre es jedoch irreführend, den Faschismus einfach als ein Komplott von oben zu betrachten. Denn anders als herkömmliche Militärdiktaturen war der Faschismus eine Bewegung. Er mobilisierte eine Gesellschaft von Traumatisierten, Frustrierten und Verstörten und lenkte ihren Hass auf das System in Bahnen, die genau dieses System letztlich retten sollten. Den Entwurzelten bot er mit der Verheißung einer mythischen Volksgemeinschaft eine Heimat; den Ohnmächtigen, die traumatisiert von den Schlachtfeldern des Großen Krieges zurückgekehrt waren, bot er eine Vision von Stärke und Macht; und den Opfern eines monströsen Wirtschaftssystems bot er sowohl einfache Erklärungen als auch ein Programm wirtschaftlichen Aufstiegs. Die Funktion, die der Faschismus aus gesamtsystemischer Sicht letztlich erfüllen sollte, bestand darin, einen Großteil der antisystemischen Impulse in eine systemerhaltende Bahn zu lenken.“

(f)

https://archive.org/details/Reich_1933_Massenpsychologie_k/

[\(https://archive.org/details/Reich_1933_Massenpsychologie_k/\)](https://archive.org/details/Reich_1933_Massenpsychologie_k/)

(1) Peglau, A. (2017): Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus als Erklärungsansatz, Berlin: NORA .

(2) Pätzold, K. (2015): Faschismusdiagnosen. Berlin: Verlag am Park, S. 24.

(3) Butterwege, Ch./Lösch, B./Ptak, R. (2016): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 46, 63ff.

(4) ebd., S. 67.

(5) Aus einem Interview Hayeks mit der Wirtschaftswoche von 1981 (Auszüge daraus siehe auch

<https://web.archive.org/web/20171129134837/http://www.forum-ordnungspolitik.de/zur-ordnungspolitik/grundsätze/334-wir-brauchen-mehr-ungleichheit>

<https://web.archive.org/web/20171129134837/http://www.forum-ordnungspolitik.de/zur-ordnungspolitik/grundsätze/334-wir-brauchen-mehr-ungleichheit>.)

(6) Butterwege et al. 2016 (wie Anm. 3), S. 59, 64.

(7) ebd., S. 25.

(8) Schui, H./Ptak, R./Blankenburg, S./Bachmann, G./Kotzur, D. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extrem Rechte, München: Knaur, S. 15.

(9) ebd., S. 11.

(10) ebd.

(11) **<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/csu-grundsatzprogramm-markus-blume-afd-waehler>**

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-10/csu-grundsatzprogramm-markus-blume-afd-waehler>).

(12) Decker, O./ Kiess, J./ Brähler, E. (Hg.) (2016): Enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen: Psychosozial, 2016, S. 41f.

(13) ebd., S. 79.

(14) Decker, O./ Kiess, J./ Brähler, E. (Hg.) (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial, S. 108.

(15) Decker et al. 2016 (wie Anm. 12), S. 37.

(16) Decker, O./ Brähler, E. (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft/ Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial, S. 110;

Decker et al. 2016 (wie Anm. 12), S. 41.

(17) ebd., S. 79, 148.

(18) ebd., S. 48.

(19) ebd., S. 50.

(20) ebd., S. 56.

(21) ebd., S. 50f.; Zick, A./ Küpper, B./ Krause, D. (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, hg. von Melzer, Ralf, Bonn: Dietz, S. 24.

(22) Decker et al. 2016 (wie Anm. 12), S. 86.

(23) Vorländer, H./ Herold, M./ Schäller, S. (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer VS, S. 17.

(24) <http://www.juraforum.de/lexikon/zuechtigungsrecht>
(<http://www.juraforum.de/lexikon/zuechtigungsrecht>);
<http://liga-kind.de/fk-201-peschel-gutzeit/> (<http://liga-kind.de/fk-201-peschel-gutzeit/>)

(25) ebd.

(26) <http://www.n-tv.de/politik/Kinderhilfe-versagt-zu-oft-article6373746.html> (<http://www.n-tv.de/politik/Kinderhilfe-versagt-zu-oft-article6373746.html>)

(27) Bauer, Joachim (2015): Selbststeuerung. Die Wiederentdeckung des freien Willens, München: Blessing, S. 61.

(28) <http://www.eltern.de/kleinkind/erziehung/ohrfeigen-klaps.html>
(<http://www.eltern.de/kleinkind/erziehung/ohrfeigen-klaps.html>)

(29)

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/39028/umfrage/wichtige-erziehungsziele-fuer-eltern/>
(<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/39028/umfrage/wichtige-erziehungsziele-fuer-eltern/>)

(30) http://www.eltern-bildung.net/pages/publikationen/studien_und_policy_papers/allensbach_studie_2011_-_zwischen_ehrgeiz_und_ueberforderung/index.html
(http://www.eltern-bildung.net/pages/publikationen/studien_und_policy_papers/allensbach_studie_2011_-_zwischen_ehrgeiz_und_ueberforderung/index.html)

bildung.net/pages/publikationen/studien_und_policy_papers/all_ensbach_studie_2011_-_zwischen_ehrgeiz_und_ueberforderung/index.html

(31) Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 62f.

(32) ebd., S. 63.

(33) ebd.

(34) ebd., S. 63.f.

(35) ebd., S. 64.

(36) <http://www.geschichte-lernen.net/aera-adenauer-umgangs-vergangenheit/> (<http://www.geschichte-lernen.net/aera-adenauer-umgangs-vergangenheit/>)

(37)

<http://www.verfassungen.de/de/ddr/verjaehrungnaziverbrechen64.htm>

(<http://www.verfassungen.de/de/ddr/verjaehrungnaziverbrechen64.htm>)

(38) <https://de.wikipedia.org/wiki/Verj%C3%A4hrungsdebatte> (<https://de.wikipedia.org/wiki/Verj%C3%A4hrungsdebatte>)

(39) <http://www.michael-greve.de/strafen.htm> (<http://www.michael-greve.de/strafen.htm>)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Andreas Peglau, Jahrgang 1957, ist Dr. rer. medic., Diplom-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut und Psychoanalytiker in eigener Praxis in Berlin. Von 1985 bis 1991 war er als Redakteur im DDR-Rundfunksender Jugendradio DT 64 unter anderem für Lebenshilfesendungen zuständig. 1990 gründete er mit

anderen die Gemeinschaft zur Förderung der Psychoanalyse e.V. Im Juli 2017 erschien sein Buch „Rechtsruck im 21. Jahrhundert. Wilhelm Reichs Massenpsychologie des Faschismus als Erklärungsansatz“. Weitere Informationen unter <http://andreas-pegiau-psychoanalyse.de> (<http://andreas-pegiau-psychoanalyse.de>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.